

Herborner Tageblatt.



Herborner Anzeiger.

Amtsblatt der Stadt Herborn.

Herborner Zeitung.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Monatlich 3.10 Mk. ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag:
J. M. Beck'sche Buch- und Kunstverlagerei, Herborn.

Inserate: Die mm-Zeile 25 Pfg.
Fernruf 20. — Postcheckkonto: Frankfurt/M. No. 17518.

Nr. 152.

Herborn, Donnerstag, den 1. Juli 1920.

77. Jahrgang.

Lebensmittelkrawalle.

Es geht wieder einmal um in Deutschland, das Massenelend der Selbsthilfe mit unzulässigen und gewalttätigen Mitteln. Im Westen hat es angefangen, aber auch im Norden und im Süden des Reiches hat es schon schwere Krawalle mit Toten und Verwundeten gegeben. Die staatlichen und städtischen Behörden werden beseitigt geschoben und man stellt wieder von der Notwendigkeit, hier und dort den Belagerungszustand zu verhängen — ganz wie einst, als wir noch nicht die Weimarer Verfassung hatten. Ein Obsequium hat sich, dem Himmel sei Dank, über das Land ergossen, wie wir ihn seit langen Jahren nicht erlebt haben. Aber die Preise entsprechen leider Gottes nicht dieser Überfülle der Warenvorräte, und so ist es schließlich kein Wunder, daß der Born des minderbemittelten Volksstreife sich gegen diese Erscheinung auflehnt. Daß die Preissteigerungen — zum Teil wenigstens — eine absolut unvermeidliche Folge der Umwertung unserer Mark darstellten, und daß der Obstgärtner, wenn er heute sich für seine Erzeugnisse das Häufchen des Preises bezahlen läßt, den er vor dem Kriege erhielt, damit noch lange nicht den gleichen Sachwert eingetauscht hat, den der einfache Preis der Vergangenheit für ihn darstellte, diese Unannehmlichkeit gerät in der Erregung des Augenblicks immer wieder in Vergessenheit. Man sucht — wie anderwärts ja auch — einen „Schuldigen“ und will an ihm, so oder so, seine Rache auslassen. Da man den Produzenten nicht unmittelbar zu Leibe gehen kann, wendet man sich gegen diejenigen Kreise, die die Produkte zum Verkauf stellen, und so haben die Kleinhandlärer, die vielleicht am allerwenigsten für den traurigen Stand der Dinge haftbar zu machen sind, den Schaden zu tragen. Den letzten heißen eben auch in diesem Falle die Hunde.

Es ist ganz klar, daß diese schwierigen Fragen weder durch die Verhängung des Belagerungszustandes, noch gar durch Bulver und Blei zu lösen sind. Sie sind es um so weniger, wenn sich in die Bewegung politische Triebkräfte einbringen, die sie zum Vorwand für anderweitige dunkle Pläne zu machen wünschen. Bleibt man die Wälder der radikalen Linken, so findet man hier eindringliche Warnungen vor dem „Werk der Provokateure“, vor Spitzeln, die angeblich im Dienste der Gegenrevolution die Volksmassen zu Unzufriedenheiten hinführen möchten, damit zu deren Verhinderung endlich die heimlich sich rührende Reaktion auf den offenen Markt des Lebens hinausgetrieben kann. Nach der Darstellung von dieser Seite können die rechtstehenden Parteien den Augenblick, wo sich neues Bürgerblut vergießen läßt, gar nicht erwarten. Sie brennen förmlich darauf, der Feind zu benehmen, daß mit einem Heere von 100 000 Mann in Deutschland unmöglich auf die Dauer auszukommen sei. Die Kommunisten sprechen von einem „Hungersaufstand“, warnen aber auch ihrerseits vor den „Kücheneingeweihten der Offiziersbataillone“ und fordern die Arbeiter auf, ihr Heil lieber da zu suchen, wo sie wirklich etwas ausrichten könnten: auf dem Gebiete der Produktion. Da würde man schwerlich ihrer Herr werden können.

Einen andern Weg schlägt ein großes Plakat ein, das in Berlin an allen Anschlagstulen prangt und die Betriebsräte der Großberliner kommunalen Lebensmittelstellen, den Vorstand der Arbeitgemeinschaft des Magistrats der Stadt Berlin und die Arbeiter-Ernährungskommission zu Verfasser hat. Der Aufruf wendet sich an die Frauen und Männer der arbeitenden Großstadtbevölkerung und sucht die Verantwortung für die augenblickliche schlechte Ernährungsfrage von den städtischen Behörden ab- und der Landwirtschaft und der Reichsregierung zuzuwenden. Es wird Beschwerde darüber geführt, daß trotz energischen Einspruchs gegen eine weitere Verleerung der Lebensmittel abermals Frühbruschkartellen eingeführt, die Preise für Brotgetreide erneut um etwa 50 % erhöht, Maßnahmen zur Senkung der Preise ergriffen worden sind und nichts zur gerechten Erfassung und Verteilung der Lebensmittel geschieden ist. Es wird empfohlen, in öffentlichen Volksversammlungen die „unwürdige, schamlose Haltung der Landwirte und die Schwäche der Regierungsstellen“ zu beschuldigen und die entsprechenden Forderungen zu erheben. Auch in diesem Aufruf findet sich die Andeutung, daß gewisse militärische Kreise beim Entstehen von Unruhen Gelegenheit nehmen würden, die vermirrte Situation ihren Zwecken dienlich zu machen. Diese Sprache wird sogar von ziemlich weit links stehender Seite schärf geäußert. Es kann nicht darauf ankommen, die allgemeine Verwirrung, die sich zwischen städtischen und ländlichen Bevölkerungskreisen, noch weiter zu steigern, sondern einzig und allein durch praktische Maßnahmen zu helfen, so viel sich bei den gegebenen Verhältnissen überhaupt helfen läßt. Als Beispiel für diese vernünftige Tendenz sei auf das sonst so unheimliche Vera verwiesen, wo man im allseitigen Einvernehmen einen Markttag aus Erzeugern und Verbrauchern abgemittelt hat, der die Markt- und Ladenpreise für sämtliche Lebensmittel festsetzt. Damit wurde zunächst schon erreicht, daß der Verkauf sich in muttergültiger Ordnung vollzog, wobei man aber auch in der Frage des Abbaues der Lebensmittelwirtschaft in den Grenzen des Möglichen doch wohl nicht von Worten zu Taten übergehen mußte.

Je länger desto mehr wird die Art der bisherigen Lebensmittelwirtschaft für viele Unselbstlichkeiten des öffentlichen Lebens verantwortlich gemacht, für die sich sicherlich auch andere Ursachen anführen lassen, die aber doch mit der Lebensmittelwirtschaft in mehr oder weniger engem Zusammenhang stehen. Deshalb ist es notwendig, guten Willen zu zeigen, trotz aller Opposition von Ämtern und Kriegsgesell-

schäften. Wir gehen allem Anschein nach dem Höhepunkt der Krise entgegen. Die neue Regierung darf keinen Augenblick zögern, wenn sie schwere Verwicklungen vermeiden will.

Deutscher Reichstag.

(4. Sitzung.)

CB. Berlin, 30. Juni.

Fast die ganze heutige Sitzung war der Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung gewidmet. Nachdem am Nachmittag der Montags-Sitzung die Abg. Scheidemann für die Mehrheitssozialdemokraten, Ledebour für die Unabhängigen und Bergt für die Deutschnationalen Volkspartei gesprochen hatten, kamen heute die andern Parteien zu Worte.

Bevor man sich mit der Regierungserklärung beschäftigte, hatte der Vizekanzler Dr. Pelze auf Anfrage erklärt, daß die Regierung bereit sei, die Intervention über Vorbereitungen zum Generalstreik, über die Brotversorgung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und über die Erhöhung der Lebensmittelpreise in den nächsten Tagen zu beantworten. Ferner wurden die Anträge des Geschäftsausschusses angenommen, wonach die gegen den Abgeordneten Mittwoch (M. Soz.) verhängte Festungsstrafe für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden sollte, ferner das Strafverfahren gegen den Abg. van den Kerckhoff (Deutschl.) für die Dauer der Session eingestellt wird. Bei diesem Verfahren handelt es sich um eine Steuerangelegenheit, und der Abg. Dr. Rosenfeld (M. Soz.) erklärte aus diesem Anlaß: „Wir stimmen dem Antrage zu. Ich stelle aber fest, daß es sich hier um eine Steuerangelegenheit handelt, und daß die Partei des Herrn Helfferich im Falle Eraberger ebenfalls eine Steuerangelegenheit ausbeutet hat.“ — Darauf erwiderte der Abg. Schütz-Bromberg (Deutschl.): „Im vorliegenden Falle wird die Aufklärung sofort erfolgen. Im Falle Eraberger haben wir die Aufklärung verlangt aber bis heute nicht erhalten.“

Weiterbesprechung der Regierungserklärung.

Nach der Erledigung dieser Angelegenheiten sprach als Vertreter des Zentrums der Abgeordnete Trimborn. Er hob mit Nachdruck hervor, daß die Grundlage der Tätigkeit des Reichstages die Reichsversammlung sein müsse. Diese Grundlage sei unter Märgat. Der Redner ging hierauf des näheren auf die Nachrichten über die Bildung einer neuen Armee ein und beschäftigte sich dann mit den Finanzen des Reiches und mit der Ernährungsfrage. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft würde nach der Ansicht des Redners zu Preissteigerungen führen, die mit dem Wohle der Bevölkerung nicht vereinbar sind. Der Brotpreis dürfe nicht weiter erhöht werden. Der Zentrumredner schloß mit der Erklärung: „Die Männer der neuen Regierung können unseres vollen Vertrauens gewiß sein.“

Als Vertreter der Deutschen Volkspartei folgte der Abgeordnete Dr. Stresemann. Er betonte u. a., eine Koalition der gesamten Bürgerlichen war tatsächlich unmöglich. Der einzige Vorwurf, der erhoben werden könnte, würde höchstens der sein, daß diese Unmöglichkeit nicht noch einmal vor dem Lande festgestellt wurde. Es war nicht möglich, mit dem Deutschnationalen zusammen eine Regierung zu bilden. Weiter beschäftigte sich der Redner mit den Auslandsdeutschen und verlangte für sie ausreichende Entschädigung.

Der nächste Redner war der Abgeordnete Schiffer für die Demokraten. Er behandelte unter anderem die Konferenz von Spa und erklärte, daß dort keine Verpflichtungen unterschrieben werden dürften, die wir nicht erfüllen könnten, weil uns das bald wieder in den Ruf bösen Willens bringen würde.

Der nächste Redner war Dr. Heim für die bayerische Volkspartei. Er behandelte hauptsächlich die Wirtschafts- und Ernährungsfragen. Der Rede Heims wohnte in der Diplomatenloge der päpstliche Nuntius für Berlin, Baccelli, bei.

Polnische Willkür.

Sintertreibung der Abstimmung.

Nach Feststellungen eines in Neupolen ansässigen Vertrauensmannes des Deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen sind die Anmeldungen der deutschen Stimmberechtigten aus Polen zur Volksabstimmung richtig in die Hand der Abstimmungskommissionen in Ost- und Westpreußen gelangt. Von dort sind auch die Abstimmungsausweise richtig abgeschickt worden. Aber nur ein Fünftel ist in die Hände der Stimmberechtigten gelangt. Die übrigen vier Fünftel sind zum größten Teil schon an der Grenze, sonst bei der letzten Poststation beschlagnahmt worden. Die Deutschen in Polen, die auf Grund von Abstimmungsausweisen bei den polnischen Poststellen einen Paß nachsuchten, wurden unter Ausflüchten zurückgewiesen. Die Poststellen verlangten meist einen besonderen Ausweis der Interalliierten Kommission. Wenn auch dieser beigebracht wurde, so wurden die Deutschen abermals unter dem Vorwand hingehalten, daß erst Entschuldigungen über sie bei den örtlichen Polizeibehörden eingezogen werden müßten. Es wird also nur ein winziger Bruchteil der zahlreichen stimmberechtigten Deutschen, die in Polen leben, an den Abstimmungen teilnehmen können.

Spa und Versailles.

Die entscheidende Kabinettsitzung.

Das neue Reichskabinett hielt eine lange Sitzung ab, die bestimmt war, die Vorschläge Deutschlands für Spa festzusetzen. Die Sitzung nahm den ganzen Tag in Anspruch. Man darf sogar ernsthafte Zweifel hegen, ob es in der Eile, die sich leider nicht vermeiden ließ, möglich sein wird, den ganzen Komplex von Fragen, der sich an Spa knüpft, eingehend durcharbeiten. Eine solche Vorbereitung erscheint unbedingt nötig, wenn es auch vielleicht dahin kommen kann, daß die Ententevertreter die deutschen Vorschläge zunächst nur entgegennehmen und sich eine endgültige Antwort darauf vorbehalten. Das wäre freilich nicht nach dem Sinne Frankreichs, das sich der Hinausschiebung der Konferenz mit der offensichtlichen Absicht widersetzt hat, es gar nicht zu einer wirklichen Beratung kommen zu lassen, sondern die deutschen Angelegenheiten einfach wieder vor die Tatsache hochgeschraubter kategorischer Forderungen Frankreichs zu stellen. Dem werden wohl auch diesmal, wie in San Remo, die vernünftigeren Erwägungen Englands und Italiens im Wege

sein. Mehr und mehr scheint sich ja außerhalb Frankreichs die Überzeugung Bahn zu brechen, daß die Erfüllung des Vertrages von Versailles in vollem Umfang gar nicht möglich ist. Das sagt auch besonders die neutrale Presse in ihren Auslassungen über den 28. Juni, den Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensvertrages. Selbst ein so wenig deutschfreundliches Blatt wie die „Neue Zürcher Zeitung“ gibt der Ansicht Ausdruck, daß durch die Vernichtung des Wirtschaftssystems eines arbeitstüchtigen Volkes nur der allgemeine Ruin vorbereitet werde. Möchte das endlich auch einmal in Frankreich erkannt werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• **Titel und Amtsbezeichnungen.** Nach einem Beschlusse des preussischen Staatsministeriums werden in Zukunft Titel, insbesondere sogenannte Altersbezeichnungen, an Beamte nicht mehr verliehen. Der Beamte führt nur eine Amtsbezeichnung, die sich nicht ändert, so lange der Beamte in derselben Dienststelle und derselben Befoldungsgruppe bleibt. Bisher verliehene Titel, insbesondere der Rats- und Geheimrats-titel, und zwar gleichgültig, ob mit ihrer Verleihung eine Erhöhung des Amtes oder nur des persönlichen Ranges verbunden war, können bei den Belehnten neben ihrer Amtsbezeichnung auch im amtlichen Verkehr weiter verwendet werden. Als Amtsbezeichnungen gelten von jetzt ab die in der Befoldungsordnung aufgeführten Bezeichnungen mit der Änderung, daß in Gruppe 8 vor die Worte „Bureauvorsteher“ überall „Obersekretär bezw. Vollzeleobersekretär“ gesetzt wird. Weibliche Beamte erhalten, sofern für sie in der Befoldungsordnung nicht besondere Amtsbezeichnungen vorgesehen sind, dieselben Amtsbezeichnungen wie die männlichen Beamten.

• **Vereinfachung der Reichsbehörden.** Das Reichskabinett befaßte sich mit der weiteren vorläufigen Regelung des Reichshaushalts für 1920. Es konnte sich den Gründen, die das frühere Kabinett zu seiner Zustimmung veranlaßt hatte, nicht verschließen und stimmte daher dem Entwurfe zu. Im übrigen wurde beschlossen, die Frage der Vereinfachung der Reichsbehörden und der Neuabgrenzung ihrer Zuständigkeit unverzüglich in Angriff zu nehmen.

• **Kanzler und Reichsrat.** Zu der letzten Sitzung des Reichsrates war auch Reichskanzler Vorhagen erschienen, um sich persönlich dem Reichsrat vorzustellen. In seiner Begrüßungsansprache betonte er, wie großen Wert er auf ein Vertrauensverhältnis und gemeinsames Arbeiten zwischen Reichsrat und Reichsregierung lege. Die Interessen des Reiches und der Länder seien ja doch in allen wesentlichen Punkten identisch und in den schweren Mäuten der letzten Zeit seien Reich und Länder vollends aufeinander angewiesen. Staatssekretär Göhre dankte dem Reichskanzler namens des Reichsrates.

• **Der päpstliche Nuntius beim Reichspräsidenten.** Der päpstliche Nuntius Baccelli wurde vom Reichspräsidenten Ebert zur Aberreichung seines Glaubensbündnisses empfangen. Der Empfangsakt trug einen herrlichen Charakter. Der Reichspräsident begrüßte den Nuntius mit ehrenden Worten der Anerkennung für seine bisherige Tätigkeit und sein warmes Interesse an dem Wohle des Deutschen Reiches, wobei der Präsident dankend der im gleichen Sinne bewährten Haltung des Papstes gedachte. Der Nuntius versicherte den Reichspräsidenten seiner warmsten Gefühle für Deutschland und hoffte, gleich dem Reichspräsidenten, daß seine Berliner Tätigkeit sowohl dem Reiche wie dem Vatikan Segen bringen werde. Da Nuntius Baccelli von den für Berlin bestimmten Hauptvertretern der Mächte als erster offiziell sein Amt angetreten hat, wird man nicht fehlgehen, in ihm den Dogen des diplomatischen Korps zu erblicken.

• **Die ungeheure Reichsschuld.** Der Reichsfinanzminister Dr. Birtz wird in einer der nächsten Reichstags-Sitzungen den Wahlen nennen, die mit erschreckender Deutlichkeit die trostlose Finanzlage des Reiches zeigen. Wir haben jetzt eine Reichsschuld von 265 Milliarden Mark. Das Defizit bei der Reichseisenbahn beträgt nicht weniger als zwanzig Milliarden.

• **Polnischer Massenmord in Graudenz.** Wie von unterrichteter Seite erklärt wird, beruht die kürzlich durch die Blätter gegangene Meldung von der Ermordung von 17 deutschen Arbeiterführern aus Thorn durch die Polen leider auf Wahrheit. Am 2. Mai ist in Graudenz eine Proklamation angeschlagen worden, in der die Arbeiterschaft aufgefordert wurde, gegen die Losrennung Ost- und Westpreußens und dessen eventuelle Unteilung an Polen auf das Schärfste zu protestieren. Daraufhin wurden von den Polen 16 Mitglieder der Unabhängigen Partei und ein Mitglied der mehrheitssozialistischen Partei als angebliche Urheber dieser Proklamation verhaftet und standrechtlich erschossen. Die Richtigkeit dieser Meldung ist nicht nur durch Zeugnisaussagen, sondern auch durch Mitteilungen polnischer Zeitungen bestätigt. Mehrere deutsche Arbeiterführer sind überdies aus demselben Anlasse ebenfalls verhaftet und nach Warschau gebracht worden. Aber ihr Schicksal ist noch nicht bekannt.

• **Entpolitisierung des Reichswirtschaftsministeriums.** Der neue Reichswirtschaftsminister stellte in seiner Einführungsvorrede an die Beamten und Angestellten des Ministeriums in den Vordergrund, daß die Zusammenarbeit innerhalb des Amtes von der Lösung: „Vertrauen gegen Vertrauen“ getragen sein solle. Er kenne den Beamten und Angestellten gegenüber keinerlei politische Voreingenommenheit, und er bat alle, gleichgültig, welcher Partei sie angehörten, um volles Vertrauen und um ihre Mitarbeit. So ausgesagt bedeute der Ruf nach Entpolitisierung der Wirtschaft die Mitarbeit aller, die mit Eifer, Tatkraft und Sach-

kenntnis an die Arbeit gehen wollen; diese Einpolitisierung müssig auch im Wirtschaftsministerium zur Tat werden.

Einladung zur internationalen Finanzkonferenz. Der Völkerverbund hat den Zusammenritt der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel auf den 23. Juli festgelegt. In dem Schreiben an den Ministerpräsidenten sagt Bourgeois, daß die Einladung Deutschlands zur Konferenz nötig sei, die Form der Einladung aber erst nach der Konferenz von Spa festgelegt werden könnte.

Weltpropaganda des Bolschewismus. Nach einer Mitteilung aus Moskau soll Lenin für eine Ausöhnung der Räterepublik mit den Sozialisten der Weststaaten folgende Bedingungen aufgestellt haben: 1. Anschluß an die Moskauer Internationale und Aufgabe jeglicher Propaganda zugunsten der vierten Internationale, in der die Strömungen der 2. und 3. Internationale aufgehen sollen. 2. Anerkennung des Rechts der Bolschewisten, ihre Weltpropaganda fortzusetzen und Abgabe des Versprechens, die revolutionäre Aktion zu unterstützen, die sich daraus ergeben könnte.

Italien.

Sozialistischer Revolutionärsanruf. Der „Avanti“ veröffentlicht einen Aufruf der Sozialdemokratischen Partei und des Arbeiterbundes an das italienische Proletariat. Der Aufruf, der sich auch an die Soldaten wendet, erinnert an die von der Regierung gegebene Zusage, keine Truppen nach Albanien senden zu wollen, und schließt: Wir erheben laut den Ruf: Hände weg von Balona! Arbeiter und Soldaten! Saitet euch bereit und reißt euch vor einem neuen Kriege die Hände, beantwortet einen neuen Krieg mit dem Ruf: Revolution!

Russland.

Sowjetkontrolle des Außenhandels. Nach einem Telegramm aus Helsinki hat Lenin ein Dekret unterzeichnet, durch das das Sowjetkommissariat für Industrie in ein solches für Außenhandel umgewandelt wird. In Zukunft wird niemand mehr das Recht haben, Handelsstransaktionen vorzunehmen, ohne dazu von diesem Kommissariat ermächtigt zu sein. Dieses Dekret hat somit die unbedingte Kontrolle der Sowjets über den Warenaustausch und den Außenhandel zur Folge.

Der Vorwarsch des Generals Wrangel. Nach Meldungen der russischen Presse haben die Truppen des Generals Wrangel im Verfolg ihrer am 8. Juni eingeleiteten Offensive einen starken Stützpunkt nördlich der Tauris (Krim) genommen. Der rechte Flügel der Armee Wrangel hat den Hafen Verbjanst, an der Mündung des Kowischen Meeres, besetzt und der linke Flügel hat den unteren Lauf des Dniepr erreicht.

Aus In- und Ausland.

Amsterdam. Den „Times“ zufolge hat Krassin neuerdings eine Unterhaltung mit Lord George gehabt und wird wiederum mit dem Ausschuss des Wirtschaftsrates zusammenkommen.

Stockholm. Alle hiesigen Blätter bringen augenscheinlich inspirierte Artikel, die einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Finnland voraussetzen.

Vom Tage.

Zur Angestelltenversicherung.

Berlin. Durch Gesetz vom 31. Mai 1920 ist mit Wirkung vom 1. Mai 1920 die versicherungspflichtige Gehaltsgrenze in der Angestelltenversicherung auf 15 000 Mark festgesetzt worden. Die Beiträge bleiben die gleichen, so daß bei allen Einkommen von 4000 bis 15 000 Mark die höchsten Monatsbeiträge von 25,80 Mark zu zahlen sind. Es wären also die Beiträge wie auch die Pensionen die gleichen bei Angestellten mit einem Einkommen von 4000 Mark wie von 15 000 Mark.

Württemberg's neue Regierung.

Stuttgart. Das württembergische Staatsministerium wird folgendermaßen zusammengesetzt sein: Die bisherigen Minister Dr. Dieber, Staatspräsident und Kultus, Graf Inneres, Holz, Justiz, Viehwirtschaft, Finanzen, früherer Ministerialrat jetzt Direktor bei Daimler, Dr. Schall, Arbeit und Ernährung.

Ausführungen streikender Landarbeiter.

Belgard. Der Landarbeiterstreik im Kreise Belgard hat weiter um sich gegriffen. So kam es zu schweren Ausschreitungen, wobei der Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei in Belgard, Vossage, schwer verletzt wurde. Er verfuhr bei den Einigungsverhandlungen zu schlichten und auf die Leute ermahnen einzuwirken, worauf sie mit Knütteln und Messern auf ihn losgingen. Vossage wurde mehrmals verwundet und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung.

Zwei Frauen.

Roman von D. Courths-Mahler.

19. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Sie waren Joachims Freund, meine Eltern liebten Sie und Papa hielt große Stücke auf Sie. Soll ich da nicht auch freundschaftlich für Sie empfinden?

Er preßte ihre Hand an seine Lippen.

Dant, heißen Dank, Annelies. Ich will versuchen, mich Ihrer Güte würdig zu zeigen. Und nun habe ich noch einen Wunsch. Sie wollten mir den letzten Brief Ihres Vaters an mich zeigen, den er leider nicht vollenden konnte.

Annelies erhob sich.

Ja — kommen Sie mit in mein Arbeitszimmer hinüber. Dort verwahre ich ihn in meinem Schreibtisch, der morgen mit nach Neulinden überfledeln soll.

Er folgte ihr. In ihrem Arbeitszimmer schaltete sie das elektrische Licht ein und trat an den Schreibtisch. Aus einem Fach nahm sie den Brief, der sorgsam in einem flachen Kästchen aufbewahrt wurde.

Norbert las bewegt die letzten Worte Donatus Falkenaus. Und auf die Stelle, da die Feder entglitten war, drückte er seine Lippen. Dann hob er den Blick zu dem Porträt Donatus Falkenaus empor.

Kein Mensch hat mir im Leben mehr wahre Güte erwiesen, als Ihr herrlicher Vater, Annelies. Von ihm fühlte ich mich im Innersten verstanden, fast mehr als von Joachim, der das Leben eben noch nicht aus meines Vaters gereinigten Augen betrachtete. Ihrem Vater schloß ich mich stets im tiefsten Innern verwandt. Und vor ihm habe ich mich am meisten geschämt, als ich erkannte, daß ich wie ein trügerischer Knabe gegen mich selbst gewinkt hatte. Deshalb verbarge ich mich. Und nun halte ich diesen Brief — und mir ist, als sei mir nun von ihm alles verziehen, als habe er mir die Hände segnend auf's Haupt gelegt. Ich danke Ihnen, Annelies, daß Sie mich für wert zeigten, diesen Brief zu lesen.

Das junge Mädchen sah ihn mit leuchtenden Augen an.

Es ist ja eigentlich Ihr Eigentum, Norbert, das ich Ihnen widerrechtlich vorenthalte. Aber ich weiß, Sie bestehen nicht auf Ihrem Recht. Wir haben in den letzten Tagen vor Pappas Tode sehr viel von Ihnen gesprochen.

Deutschland, der gemeinsame Feind.

Wien. Nach Zeitungsmeldungen aus Prag hielt bei dem Prager Sokolfest der als Gast anwesende ehemalige französische Ministerpräsident Barthou eine Rede, in der er sagte, die Tschechen und Franzosen hätten denselben Feind. Er fuhr fort: Wir müßten uns bemühen, diesen Feind zu entwaffnen, damit er nie wieder gegen uns einen Angriff unternehmen kann. Das ist unser Interesse und das Interesse der gesamten Menschheit.

Albanien's Selbständigkeit.

Rom. In Beantwortung einer Interpellation betonte der Kriegsminister im Senat, daß die in Ancona meuternden Bersaglieri zum öffentlichen Ordnungsdienst gehören. Er hob hervor, daß die Regierung einen Kommissar nach Albanien senden werde, der ausdrücklich erklären soll, daß Italien die Unabhängigkeit Albanien's anerkenne. Der Minister betonte, daß in allen Städten Italiens sich Freiwillige für Albanien gemeldet hätten.

Abgebrochene Waffenstillstandsverhandlungen.

Kopenhagen. Einem Telegramm aus Helsinki zufolge sind die Waffenstillstandsbedingungen Finnlands von den Russen abgelehnt worden, da die Russen das Recht zur freien Benutzung der finnischen Bucht verlangen. Die Verhandlungen sind auch bezüglich der Grenzstrafe in eine Sackgasse geraten.

Albanien. Die Zeitung „Pravda“ meldet: Die Albaner haben Balona erstickt und die ganze italienische Garnison gefangen genommen.

Verschiedene Meldungen.

Rotterdam. Der Brüsseler Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erzählt von zuverlässiger Seite, daß Belgien als Mindestentschädigung die Summe von zehn Milliarden Franken fordern wird.

Brüssel. Infolge der reichlichen Kartoffelernte und der mäßigen Preise hat der Ernährungsminister die Ausfuhr von Kartoffeln ab 1. Juli freigegeben.

Paris. Der Präsident der Republik Deschanel ist nach Paris zurückgekehrt.

Sie Ihre Grenz-Spende für die Volksabstimmung

dem Deutschen Schutzbund
Annahmestelle:
„Herborner Tageblatt“.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, Schweizer und französische Frank und Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ = angeboten; „Gold“ = gekauft.)

Währungsplage	30. 6.		29. 6.		Stand 1. 8. 14
	Gold	Brief	Gold	Brief	
Holland . . . Gulden	1353,60	1361,40	1348,15	1348,85	170 Mk.
Dänemark . . . Kronen	624,35	625,65	611,85	613,15	112 „
Schweden . . . Frank	—	—	—	—	72 „
Amerika . . . Dollar	—	—	—	—	4,40 „
England . . . Pfund	151,85	152,15	150,10	150,40	20 „
Frankreich . . . Frank	—	—	—	—	80 „
Italien . . . Lire	231,25	231,75	231,25	231,75	80 „
U. S. D. . . Kronen	23,47	23,53	23,02	23,08	85 „
Ungarn . . . Kronen	24,27	24,33	24,22	24,28	85 „
Tschechien . . . Kronen	87,52 1/2	87,72 1/2	87,15	87,35	85 „

Berliner Produktentverehr. Amtlich festgesetzte Preise der Berliner Produktentverehr am 30. Juni: Safer per 1000 Kilogramm loco 2390 Mark ab Bahn, auf Abladung 2240—2220 Mark ab Station. Tendenz fest.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktorien, 130—155 Mark, gelbe und grüne Erbsen 100—130 Mark, Beluschen 85—95 Mark, Ackerbohnen 95—105 Mark, Wicken 70—80 Mark, Lupinen blaue 45—55 Mark, weiße 50—65 Mark.

Er sah sie mit brennenden Augen an.

Und hat er Ihnen auch gesagt, was mich aus der Heimat trieb?

Annelies zögerte. Dann sagte sie rasch, wie man etwas Quadenbes abtut:

Er deutete es mir an, daß — nun — daß eine Frau unheimlichen Einfluß auf Sie ausgeübt und Sie aus der Bahn gerissen habe, auf der Sie bis dahin geschritten waren.

Norbert strich sich über die Stirn. Seine Augen blickten düster, und um seinen Mund grub sich der bittere, herbe Zug, den die letzten Tage fast verwißt hatten.

Ja, sagte er schwer, ich war in einen Sumpf getaucht auf der Jagd nach einem Irrlicht. Ich war krank, vergiftet, und bis zur Bergweilung gedemütigt. Aber das ist nichts für Ihren reinen Sinn, Annelies, nichts mehr davon. In Ihrer Nähe will ich das Leben wieder lieb gewinnen, wenn Sie mir gestatten, Ihr treuester, ergebenster Freund zu sein.

Sie reichte ihm schnell die Hand und sah ihn mit leuchtenden Augen an.

Es soll Ihnen wieder lieb werden, das Leben, auch durch Ihre neuen Pflichten, Norbert. Und wenn ich Ihnen dabei helfen kann, mit tausend Freuden. Wir wollen treu Kameraden sein, sagte sie mit bebender Stimme.

Sie hielten sich bei den Händen und sahen sich in die Augen. Ein lüchtes Rot stieg dabei in ihre Wangen und ein seltsam weltvergessener Ausdruck lag in ihrem Blick. Da erschraf er bis ins Innerste, aber dieser Schreck war von einer Ewigkeit, daß es wie ein neues Leben durch seine Adern rann.

Wie ein Blitz durchfuhr ihn der Gedanke: Du durstest ihr nicht verschweigen, daß dich noch Ketten binden an jenes Weib, das du verachtet. Er öffnete schon den Mund, um ihr zu beichten. Aber die Worte wollten nicht über seine Lippen. Er konnte nicht sprechen, nicht jetzt, nicht in dieser Stunde, da ihn eine neue seltsame Hoffnung wie neues Leben durchdrang. Es wäre brutal gewesen, Annelies jetzt aufzuklären. Es war schon zu spät zu einer Weichte. Jetzt mußte er schweigen — bis er frei war. Und jetzt mußte er frei werden, um jeden Preis, und so schnell wie möglich. Ja, wenn er doch auf Wendt und den Fürsten gehört hätte! Dann war er jetzt vielleicht aller Fesseln ledig.

Eine glühende Sehnsucht nach dieser völligen Freiheit überkam ihn plötzlich. Bisher war er zu stumpf und zu gleich-

Serradella 40—50 Mark, Bienenheu, lose, altes 27—28 Mark, neues 18—19 Mark, Stroß, Drahtgepreß 9—10 Mark, gebündelt 8—9 Mark, Trodenschnitzel 50—60 Mark, Patent Stiefeln 90—95 Mark.

Regelung der Vorkriegsschulden. Den englischen Blättern zufolge hat der Kontrolleur des englischen Clearingamtes gefaßt, daß zwischen englischen und deutschen Firmen ein unmittelbarer Ausgleich wegen der Vorkriegsschulden stattfinden darf. Alle Vorschläge für die Bezahlung oder den Ausgleich der Vorkriegsschulden dürfen indessen nur durch Vermittlung des Clearingamtes erfolgen.

Der Zusammenschluß des Handwerks in Hessen-Nassau.

Nachdem vor einigen Wochen in Cassel die Gründungsversammlung des Handwerkerverbandes für Hessen und Waldeck stattgefunden hatte, konnte der Vorstand des Verbandes für Sonntag die erste größere Handwerkerversammlung ebenfalls nach Cassel berufen. Aus Kurhessen und Waldeck hatten sich zahlreiche Handwerksmeister und Innungsvertreter eingestellt; auch der Vorsitzende des Handwerkerverbandes für Nassau, Obermeister Schneider aus Wiesbaden, war erschienen und überbrachte neben den Grüßen der nassauischen Handwerker auch die Versicherung, daß man mit dem hessischen Verband Hand in Hand arbeiten wolle. Nachdem Bäckermeister Ludwig Cassel die städtische Versammlung begrüßt hatte, vorbereitete sich Dr. Vogel Hannover, Generalsekretär des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes, in einem längeren Vortrage über die Lage des Handwerks und die Ziele der neuen Handwerkerbewegung unter besonderer Berücksichtigung der Aufgaben der Handwerkerverbände. Wenn das Handwerk seine Zukunft sichern wolle, dann müsse es auch einen Teil der politischen Macht zu erkämpfen suchen. In diesem Zwecke gelte es, in den Gemeinden, wo des Bürgertum die politische Mehrheit verloren habe, die zurückzuerobern. Durch die Gründung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks sei nunmehr ein Interessensvertretung für das gesamte deutsche Handwerk geschaffen, die sich der neuen Zeit anzupassen wolle. Das Handwerk müsse mit den beiden großen Schwelborganisationen, der Landwirtschaft und Industrie, zu einem Faktor werden, der am Wiederaufbau und an der Gesundung Deutschlands hervorragenden Anteil haben werde. Vom Handwerk müsse auch die Erneuerung des übrigen Bürgertums kommen. Für den Ausbau der Organisation gab der Redner dann eine Reihe von bedeutsamen Anregungen und Ratschlägen und fand damit den besten Beifall. An den Vortrag schloß sich eine rege Aussprache. Eine Anzahl von Innungen meldeten ihren Beitritt.

An unsere Bezieher!

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Abonnementsgebühren für das „Herborner Tageblatt“ so fort bei Vorziehung der Quittung bezahlt werden müssen. Der Bote kann nicht mehrere Male vorprechen.

Das Inkasso wird infolge andauernder größerer Verluste stets zu Beginn des Monats vorgenommen. Nur solche Bezieher können auf Lieferung der Zeitung rechnen, welche die Abonnementsgebühr entrichtet haben.

Verlag des Herborner Tageblatt.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 1. Juli.

* Traum oder Wirklichkeit? Man scherzt und: Es ist wohl kaum notwendig, darauf hinzuweisen, daß wir heute in einer Zeit leben, in der die Befürchtung eines jeden Einzelnen weit davon entfernt ist,losigkeit sein. Jeder sucht sich auf Kosten seiner Mitmenschen

gütig gewesen. Es war in seinem Herzen kein Raum gewesen für Wünsche und Hoffnungen. Nun überflutete ihn heiße, brennende Wünsche, das Leben schloß wie ein warmer starker Strom durch seine Adern und trieb ihn empor auf die Scheidebänke der letzten Jahre.

Und während er dann kumm an Annelies' Seite in Tante Krispina zurücktritt, während sie beide mit der Dame gleichgültige Dinge besprechen und ihre Augen so weilen im schweigen, sehen Schreck ineinander treten, grübeln er darüber nach, wie er sich von seiner Frau er konnte. Wenn er ihr Geld bieten würde — viel Geld — dann gab sie ihn vielleicht frei, ohne daß er fürchten müßte, daß sie auf eine Schein-Aussforderung, wie sie es Geheh verlangte, zu ihm zurückkehrte. Nur sie nicht müde leben, nur nie wieder dieselbe Luft mit ihr atmen müssen! Das schien ihm unerträglich. Schon der Gedanke daran schüttelte ihn wie im Grauen. Er mußte einen Plan finden, sich von ihr freizumachen. Und erst, wenn er frei war, dann wollte er Annelies alles beichten und ihr gestehen, daß sein Herz ihr gehörte in einer tiefen, ewigen Liebe. Dann kam dennoch das Bild zu ihm, wie er es einig geträumt, ein reines, läches, süßes Bild.

Sie sind gewiß müde, Norbert, und Annelies müde mit so schlürige Augen — es wird Zeit, daß wir zur Ruhe gehen. Morgen liegt noch ein arbeitsreicher Tag vor uns. Tante Krispina mitten in seine Träume hinein. Er und Annelies waren verstummt, weil ihre Herzen heimlich Sprache hielten.

Nun schrak sie empor und sah sich an wie Verwirrte, die aus dem Dunkel plötzlich ins helle Licht leben. Sie sagte sich zuerst:

Tante Krispina hat recht, wie immer. Es ist Zeit geworden. Gute Nacht, Vetter.

Er lächelte ihr die Hand und sah dann noch einmal in ihre Augen. Gute Nacht, Annelies. Und nochmals tausend Dank für alle Güte.

Ein liebes Pächeln sandte sie ihm noch zurück. Tante Krispina die Hand lächelte und sich ihr empfahl. Pächeln nahm er als eine frohe Verzeigung mit sich. Schlaft hinüber.

(Fortsetzung folgt.)

berreichern, unbekümmert um das Wohl und Wehe der Gesamtheit, zu der er doch auch gehört. Der eigennütige Vorteil, die Habgier, läßt jede Stimme der Vernunft verstümmeln. Schieber und Ducker sorgen dafür, daß die Preise für Lebensmittel, Industrieerzeugnisse und Handwerkerarbeit eine nie geahnte Höhe erreicht haben und noch erreichen werden. Es klingt in dieser Zeit märchenhaft, wenn man folgende Zeilen liest, die der „Deutschen Worte“ entnommen sind: „Landwirte gegen die hohen Kartoffelpreise. Hannover, 29. Juni. Die Landwirte in Lippe hielten eine Protestversammlung gegen den von der Reichsregierung festgesetzten Kartoffelpreis von 30 Mk. für den Zentner ab. Sie haben sich entschlossen, für ihre Kartoffeln der neuen Ernte nur 12 Mark für den Zentner zu nehmen. Der Magistrat der Stadt Hannover hat einen energischen Protest an die Reichsregierung gerichtet gegen die hohen Kartoffel- und Preissteigerungen. Er verlangt die sofortige Herabsetzung der Preise für Kartoffeln auf mindestens die Hälfte des festgesetzten Preises. Der in Hannover festgesetzte Preis übersteigt den Preis, den man bisher im Schleichhandel bezahlt, bedeutend“. Man fragt sich unwillkürlich: Ist es etwas möglich? Ist es Traum, Schwindel oder Wirklichkeit? Diesmal ist's Wirklichkeit. Man Sorge daher für weitestgehende Verbreitung dieser Meldung; dann werden hoffentlich bald aus allen Teilen Deutschlands und auch auf anderen Gebieten des Volkswirtschaftslebens ähnliche Beispiele folgen. Diese Hoffnung bleibt hoffentlich keine Hoffnung.

Dillenburg. (Stadtverordnetenversammlung.) Postsekretär Ruff hat am 7. Juni sein Amt als Magistratschöffe niedergelegt; an seine Stelle tritt Magistratschöffe Wiersdorfer. — Die Luftfahrtskennzeichenverordnung wird gemäß den Kommissionsbeschlüssen angenommen. Sie bringt eine Verdoppelung eines Teils der Sätze. — Die Erwerbslosenfürsorge wird folgendermaßen festgesetzt: Männliche Personen über 21 Jahre erhalten 5 bzw. 150 Mk.; unter 21 Jahren 3 Mk.; weibl. 3.75 Mk. bzw. 250 Mk. bzw. 2 Mk.; Ehegatten höchstens 2.25 Mk.; Kinder 1.25 Mk. — Krankenhausbehandlung. Es wird beschlossen, rückwirkend vom 10. Juni an zu erheben: 3. Klasse einschl. Krankenpatienten 8 Mk.; 2. Klasse einheimische 15 Mk., auswärtige 20 Mk.; 1. Klasse einheimische 20–40 Mk., auswärtige 25–60 Mk. je nach Ansprüchen. — Entschädigung für Magistrats- und Kommissionsmitglieder. Der Magistrat schlägt vor: Für jeden Beigeordneten 600 Mk. jährlich, für jeden Schöffen 400 Mk., für die Mitglieder der Wohnungskommission je 250 Mk., für die Mitglieder der Lebensmittelkommission je 200 Mk., für die Mitglieder der Stadtkämmerei je 150 Mk., für die Mitglieder des Stadtkamrats je 100 Mk., für die Mitglieder der Gas- und Wasserwerkskommission je 100 Mk., insgesamt 9350 Mk. Außerdem sollen für ausgefallenen Arbeitsverdienst von Arbeitnehmern 15 Mk. für den halben, 30 Mk. für den ganzen Tag bezahlt werden. Für veräumte Sitzungen sollen den Magistratsmitgliedern 10 Mk., den Kommissionsmitgliedern 5 Mk. abgezogen werden. Der Dezernent für Sanitätswirtschaft soll ferner eine besondere Entschädigung von 1000 Mk. erhalten. Die Kommission hatte für die Kommissionsmitglieder je 50 Mk. höhere Sätze vorgeschlagen. — Die Anträge des Magistrats und der Kommission wurden abgelehnt.

Hachenburg. Von allen Seiten mehren sich die Klagen über den großen Schaden, den die wilden Schweine in der Gegend anrichten. Es werden Eingaben an den Kreisrat gemacht, Anträge auf Polizeijagden und auf Erlaubnis für Jagden zur ungenügenden Jagdzeit auf diese Schädlinge gestellt, welche sich in den letzten Jahren auf dem Betsberg und besonders in der hiesigen Gegend so sehr vermehren. Die Schuld daran tragen „natürlich“ die Forstbeamten und die Jäger, die nicht genügend dazu beitragen, dieses Wild kurz zu halten. Sieht man sich jedoch die Sache einmal genauer an, so sind die Sündenböcke die Bauern selbst. Wenn man 10–20 Jahre zurückgeht, und die Pächter der hiesigen Jagden betrachtet, so findet man, daß dieselben durchweg hier am Plage oder doch in unmittelbarer Nähe waren. Heute dagegen ist es gerade umgekehrt. Geben wir nur in die allernächste Umgebung. Gelsert, Wippenbach, Hörsenbach, Wied, Steinebach, Mittelbach, Altert, Müschenbach, Kirburg, Langenbach. Alle diese Reviere und viele mehr sind in den Händen auswärtiger Herren und weshalb? Nicht etwa, weil diese Herren über bessere jagdliche Eigenschaften, sondern weil sie über einen größeren Geldbeutel verfügen. Es soll z. B. der Wildschaden im Revier Hörsenbach in diesem Jahre 10000 Mark betragen. Der Herr kann sich das aber leisten, und was liegt ihm daran, wenn er 10–20000 Mark mehr für die Jagd ausgibt. Deshalb kommt er nicht öfter zur Jagd und schießt auch nicht mehr. Dreierlei, das bisher von einem hiesigen Herrn bejagt wurde, wurde auf der kürzlichen Verpachtung 9600 Mark nebst Wildschaden. Infolge der hohen Pachtsumme fand sich nämlich kein hiesiger Pächter. Dieselbe ging vielmehr an einen Herrn aus Solingen über. Den Jägern hier am Plage kann man es aber nicht verübeln, wenn sie nach dem alle Reviere hier in fremde Hände übergegangen sind sich überhaupt nicht mehr an den Sanjagden beteiligen, sondern ihre Zeit und ihr Geld für die überaus reiche Jagdausrüstung anderweitig anlegen. Noch ist es vielleicht möglich, der Sauen Herr zu werden. Geht dies in den nächsten Jahren nicht, so können die Jagden dort überhaupt nicht mehr, das erstens jeder gerne auch für wenig Geld auf die Pachtung einer hiesigen Jagd wegen des ungeheuren Wildschadens verzichtet, wie man dies in vielen Teilen Deutschlands finden kann, und zweitens sich eine Bestellung der Acker kaum lohnt. Es ist daher kurzfristig und falscher Eigennutz der hiesigen Gemeinden und der Bauernschaft, daß man zu dieser Ermittlung nicht längst gekommen ist. Waldmannsheil den Betsbergjägern, denen die Jagd auf dem Betsberg gehört. (Westf. Ztg.)

— **Kus Oberhessen.** In Betsersheim erschienen am Samstag mittag bei einer Witwe zwei ele-

gante Herren, stellten sich als Frankfurter Kriminalbeamten vor und teilten mit, daß sie die Wohnung nach Falschschreibern zu durchsuchen hätten. Die Frau ließ sich einschüchtern, händigte den Gaunern — denn solche waren es — bereitwillig ihr Barvermögen von 1240 Mark aus. Von dem ganzen Geld wurden nur 2 Scheine für echt befunden, den Rest beschlagnahmten die Gauner. Dann stellten sie der Frau eine Quittung mit der Unterschrift „Kriminalamt Frankfurt a. M.“ aus mit dem Bemerkten, daß das Falschgeld gegen echte Scheine umgetauscht würde. Dann verschwanden die Burischen und die Frau hatte das Nachsehen. — Da die gleichen Tricks in den letzten Tagen bereits in Höchst a. M. und in mehreren Orten Oberhessens versucht worden sind, scheint man es mit einer gut organisierten Bande zu tun zu haben.

Marburg. (Das Reberbacher Bachfest in Marburg.) Am Sonntag und Montag begingen die Bewohner des Reberbacher Bachs das historische Bachfest, das von 5 zu 5 Jahren zur Erinnerung an die im Jahre 1859 vollendete Ueberwindung des Reberbaches gefeiert wird. Gerade als der Weltkrieg ausbrach, sollte das Bachfest begangen werden. Es wurde selbstredend nichts daraus. In Gegenwart einer gewaltigen Menschenmenge zogen am Sonntag nachmittag über 1000 mit Blumen und Kränzen geschmückte Kinder des Stadtviertels unter den Klängen des Reberbacher Liedes „Der Reberbach ein Dujaiaja“, das die Kinder ununterbrochen kräftig mitsangen, nach dem Burggarten in der Marbach, der mit den angrenzenden Wiesen als Festplatz eingerichtet ist. Am Montag früh fand „auf der Reberbach“, die mit ihrer Malerischen die schönste Straße Marburgs geworden ist, Frühkonzert statt und nachmittags schlossen sich dem Kinderfestzug, wie es ja schon immer am zweiten Festtag Sitte war, eine Menge Studenten an. Kinderbelustigungen und anschließender „Bachfestanz“ beschloßen die sonst im einfachsten Rahmen gehaltene Veranstaltung.

Marburg. Der Hessische Bauernverein beabsichtigt am 10. und 11. Juli hier ein großes hessisches Bauernfest zu veranstalten. Am Sonntag lagte im „Hessischen Hof“ eine aus den Kreisen Marburg, Kirchhain, Ziegenhain, Frankenberg und Biedenkopf zur besuchte Versammlung der Vertreter der Kreisvereine und setzte das Nähere fest. Den Glanzpunkt dürfte der große Trachtenfestzug bilden, der sich nachmittags durch die Stadt bewegen soll und in dem alle hessischen, besonders aber die Schwäbmer und Hinterländer Trachten, vertreten sein dürften. Aus der Ziegenhainer Gegend ist z. B. ein vollständiger Schwäbmer-Hochzeitszug in Aussicht gestellt. Abends werden dann unter Mitwirkung namhafter hessischer Künstler lebende Bilder aus dem hessischen Volks- und Landleben zur Darstellung gelangen.

Aus der Wetterau. Die anhaltende Trockenheit hat die Felder außerordentlich ausgetrocknet. Besonders die Kartoffeln haben unter der Dürre zu leiden. Die Frühkartoffeln stehen in Blüte und fangen vielerorts schon an abzukübeln, so daß die Aussichten für die Frühkartoffelernte sehr gering sind. Die Dickwurzel sind zum großen Teil noch zu sehen.

— **Höchst a. M., 30. Juni.** Die Verflechtung der Obst- und Gemüsepriese durch die Verpächter hat nunmehr den Erfolg gezeitigt, daß sich keine Verkäufer auf dem hiesigen Markt mehr einfanden.

Philippi-Prozess.

— **Frankfurt, 30. Juni.** Zum heute begonnenen Prozess gegen die beiden Fabrikanten Philippi in Wiesbaden waren zunächst außer den beiden Angeklagten nur die Sachverständigen geladen. Die Vormittagsverhandlungen wurden mit der Verlesung des Leipziger Urteils angefaßt, das bemängelt, daß das Wiesbadener freisprechende Urteil die Gewinnberechnung so unvollständig ausgeführt habe, daß eine Nachprüfung in Leipzig nicht möglich gewesen sei. Die beiden Angeklagten schilderten die Entwicklung ihres Unternehmens, das anfänglich prosperierend, gegen das Jahr 1909 aber zurückgegangen ist, sodas schließlich 1914 die Geschäftsteilhaber auf einen Teil ihrer Einlagen verzichteten. Im Jahre 1915 konnte aber bereits wieder eine Dividende von 25 % ausbezahlt und die Einlagen wieder zurückvergütet werden. Im nächsten Jahre zahlte das Unternehmen 40 % Dividende. Den weiteren Verlauf der Vormittags- und Nachmittagsverhandlungen füllte die Nachprüfung dieser Gewinne und die Art der Buchführung aus. Die Verhandlungen der nächsten Tage werden sich ausschließlich um die Gewinnberechnung drehen. Für das Jahr 1915 und 1916 hat ein Sachverständiger den Gewinn auf 4,8 Millionen Mark im üblichen Sinn des Kaufmanns berechnet. Die Kriegsteuer betrug in diesen beiden Jahren 2 1/2 Millionen. Im Juli 1914 beschäftigten die Angeklagten 368 Arbeiter, im Januar 1915 297 Arbeiter, im April 1915 449 Arbeiter, im November 1916 784 Arbeiter und 50 Kriegsgefangene. Die Löhne betrugen für 1915 1180000 Mark. Im Laufe der Verhandlungen kam u. a. auch zur Sprache, daß die Firma Schweizerisches Kapital von einer halben Millionen Franken im Geschäft stecken hat, die dem Verträge entsprechend in Franken auszahlbar ist, sodas diese halbe Million mit 10 Millionen zu Lasten der Firma gebucht werden mußte.

— **Frankfurt.** Die Ansprüche des Personals der Stadt. Bühnen auf Lohn- bzw. Gehaltssteigerung wurden von der zuständigen Stelle abgelehnt.

— **Frankfurt.** Der frühere Besitzer des „Edorado-Palastes“, der Kaufmann Dörz, hatte wegen fortgesetzten Ueberschreitens der Polizei- und Lichtbrennstunde Strafbefehle in Höhe von 90000 Mark erhalten und war schließlich verhaftet worden. Gegen eine Kaution von 15000 Mark wurde er frei gelassen und das Schöffengericht ermächtigte die Strafe auf 22000 Mark. Hiergegen legte der Staatsanwalt Berufung ein, worauf jetzt die Strafe auf 46000 Mark festgesetzt wurde.

— **Frankfurt, 30. Juni.** Staatsanwalt Meiböhmer, der im Zabern-Prozess die Zivilbevölkerung gegen das Militär nachdrücklich in Schutz nahm und besonders dafür sorgte, daß die vom Militär vorgenommenen Massenverhaftungen von Zivilisten in dem bekannten Banduren-

keller rückgängig gemacht wurden, ist jetzt Leiter der preuß. Uebernahmestelle für eß- und trinkgüter Flüchtlinge in Frankfurt a. M. und in dieser Eigenschaft maßlosen Angriffen einer Opposition ausgesetzt, deren Führer ein ehemaliger Postbeamter aus Straßburg namens Hartmann ist. Meiböhmer hatte nicht nur durch solche Angriffe in seiner amtlichen Eigenschaft zu leiden sondern wurde auch in öffentlichen Versammlungen aufs äußerste angegriffen. So wurde u. a. behauptet, daß er in dem Zabern-Prozess zu Gunsten des Militärs gegen die Bürgerschaft aufgetreten sei. Auf Veranlassung seiner vorgesetzten Behörde in Berlin ging deshalb Meiböhmer gegen Hartmann vor, sodas heute vor dem Schöffengericht der Zabern-Prozess erneut zur Sprache kam. Die Verhandlungen endeten mit der Verurteilung Hartmanns wegen Verleumdung zu zwei Monaten Gefängnis.

— **Eronberg, 30. Juni.** Der Streit um die Simultanische, die letzte Kassa, dauert hier an. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte einen Antrag einiger Stadtverordneten um Beibehaltung der Schule bis zum Erlaß eines Reichsschulgesetzes ab.

— **Oberursel, 30. Juni.** Dienstag früh stieß in der Nähe von Weiskirchen ein von der Hohenmark kommender Kraftwagen mit einem Bauernführer aus Hausen zusammen. Der Kraftwagen überstieß sich und begrub vier Insassen unter sich. Der Besitzer des Kraftwagens, der Kaufmann Emil Riß aus Frankfurt wurde leichter verletzt, seine Frau erlitt schwere innere Verletzungen und wurde dem Städtischen Krankenhaus in Frankfurt a. M. zugeführt, wo sie noch bestimmungslos darniederliegt. Der Kraftwagenführer erlitt leichte Contusionen, während ein Freund des Riß, der Diplomingenieur Schröder aus Dortmund, so schwer verletzt wurde, daß er nach wenigen Augenblicken verstarb.

— **Kassel, 30. Juni.** Bei Kalksburg überschlug sich das Automobil des Fabrikanten Wilkes aus Duderstadt und begrub die vier Insassen unter sich. Ein Mitfahrer war sofort tot, die übrigen wurden schwer verletzt.

Kassel. Die vier bürgerlichen Kasseler Zeitungen haben gemeinsam ein Schreiben an die städtischen Körperschaften gerichtet, in dem es u. a. heißt: „In der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Juni sind von verschiedenen Rednern gegen die Kasseler bürgerliche Presse und ihre Schriftleiter Beleidigungen der größten Art ausgesprochen worden. So hat nach den übereinstimmenden Angaben der Herren Berichterstatter Herr Stadtverordneter Stadtrat Häring von „Schmierereien übersteter Art“, „gewissenlosen und unmoralischen Elementen“ und von „lausbubenhafter Art und Weise“ gesprochen. Herr Oberbürgermeister Scheidemann sprach von Vertretern der Kasseler Presse als von „verfälschten Großschweidern“, „politischen Jüdionen“ und „injamen Verheerern“. In lauten Zwischenrufen aus der Versammlung wurden die Schriftleiter als „bredrige Schmutzfüßler“ und „dumme Schamlosen“ bezeichnet. Der Herr Vorsitzende ließ diese Beschimpfungen der Presse und ihrer Vertreter wiederholentlich geschehen und fand kein Wort der Rüge, während unsere anwesenden Vertreter als Gäste wehrlos waren. Die unterzeichneten Zeitungen erheben auf das entschiedenste Einspruch gegen diese ungeheuerlichen Beschimpfungen und sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß die beleidigenden Bemerkungen in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom Herrn Vorsitzenden noch nachdrücklich gerügt werden und der Presse Genugtuung gegeben wird. Sie fordern ferner eine Gewähr dafür, daß künftig die Presse und ihre Vertreter im Stadtparlament nicht mehr ungerügt beleidigt werden können, sondern auf den Schutz des Herrn Vorsitzenden rechnen dürfen. Andernfalls würden wir uns gezwungen sehen, die Entsendung von Vertretern zu den Stadtverordnetenversammlungen und damit die Berichterstattung einzustellen.“

— **Mainz, 30. Juni.** Die interalliierte Rheinlandkommission hat entschieden, daß Selbstschüsse, die zur Vernichtung von Raubzeug dienen und Selbstschüsse zum Schutze von Privatgrundstücken verboten sind. Hingegen können Warnungssignale für Jagden und Parks erlaubt werden.

Mainz. Die Mainzer Börse schreibt: Man erwartet allgemein, daß spätestens in 14 Tagen mit dem Schnitt des Getreides begonnen wird. Die Aussichten für Brotgetreide und Gerste sind vorzüglich, für Hafer weniger gut.

— **Ausschreibungsduplikaten in Postpaketen.** Nach den Vorschriften der Postordnung ist der Absender eines Paketes verpflichtet, in das Paket obenauf ein Duplikat der Ausschreibung zu legen. Fehlt dieses und löst sich die Ausschreibung auf dem Paket, was sehr oft vorkommt, während der Beförderung ab, so bedarf es stets umfangreicher und zeitraubender Ermittlungen, ehe die Sendung untergebracht werden kann. Die Folge ist, daß die Sendung oft ihren Zweck verfehlt, der Inhalt verdirbt und Weiterungen für den Absender und den Empfänger entstehen. Außerdem muß der Absender für die Velt der Lagerung des Paketes bei der Postanstalt die postordnungsmäßige Lagergebühr von täglich 30 Pfennig bezahlen. Daß derartige Pakete in erhöhtem Maße auch der Gefahr der Verabung ausgesetzt sind, bedarf keiner weiteren Ausführung.

— **Der Verkehr mit dem Memelgebiet.** Aus vielfachen Anfragen geht hervor, daß noch immer Unklarheit über den Verkehr mit dem abgetretenen Memelgebiet herrscht. Es wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß deutsche Staatsangehörige keinerlei Genehmigung oder Erlaubnis, weder von deutscher Seite noch von der französischen Okkupationsverwaltung brauchen. Sie können mit einfachem Personalausweis ein- und ausreisen. Dagegen wird das Memelgebiet im Warenverkehr wie das Ausland behandelt. Wer Waren dahin versendet oder von dort erhält, muß Ausfuhr- oder Einfuhrgenehmigung besitzen und die Waren an der Grenze verzollen.

— **Außerordentlicher Mieterstag.** Der Bund Deutscher Mietervereine, in dem die gesamte Mieterchaft Deutschlands organisiert ist, beruft für den 4. Juli 1920 nach Dresden einen außerordentlichen Mieterstag ein. Die Tagesordnung wird sich mit wichtigen Fragen der Mieterchaft befassen.

— **Weltkammermeister a. D.** Der Weltkammermeister Dr. Emanuel Lasler erklärt in einem Briefe an den

Rubaner Cavabianca, daß er zu seinen Gunsten auf die Weltmeisterchaft verzichte. Zwischen beiden Meistern war für 1921 ein Weltkampf geplant. Lasker meint nun, daß anscheinend die Schachwelt die zwischen ihnen für den Weltkampf getroffenen Abmachungen nicht anerkennt.

○ Briefpostbeförderung nach Amerika. Im Juli finden nach Nord- und Südamerika außer mit englischen Dampfern (etwa zweimal wöchentlich) Postabgänge noch mit folgenden Dampfern statt: Dampfer „Ostar II“ und „Sellig Olav“ nach Newyork, von Kopenhagen am 8. und 22. Juli, Postschluß beim Postamt 1 in Hamburg am 5. und 19. Juli mittags; Dampfer „Stockholm“ nach Newyork, von Gothenburg am 10. Juli, Postschluß beim Postamt 1 in Hamburg am 6. Juli mittags; Dampfer „Manchuria“ und „Mongolia“ nach Newyork von Hamburg am 10. und 24. Juli, Postschluß beim Postamt 1 in Hamburg am 8. und 22. Juli abends; Dampfer „Noordam“ und „Nieuw Amsterdam“ nach Newyork, von Rotterdam am 17. und 23. Juli, Postschluß beim Postamt 2 in Emmerich am 15. und 21. Juli vormittags und beim Postamt 1 in Hamburg am 13. und 19. Juli abends.

○ Was kostet jetzt ein Paß? Durch einen Erlass des Ministers des Innern sind jetzt die Paß- und Sichtvermerke folgenden folgendermaßen festgesetzt worden: A. Für Auslandspässe 25 Mark, für Inlandspässe 15 Mark, für Inlands- pässe im Verkehr mit dem besetzten rheinischen Gebiete, mit den Abhängigkeitsgebieten und Ostpreußen 5 Mark. B. Für einfache Ausreisepaßvermerke 15 Mark, für Rückreisepaß- vermerke 25 Mark, für Dauerreisen 80 Mark. Dazu kommen in allen Fällen noch 8 Mark an Stempelgebühren.

○ Ein Mustergut zur Züchtung tuberkulosefreier Rinder will die Thüringische Landesversicherungsanstalt auf dem von der Karl-Beth-Stiftung in Jena gepachteten Gut Remderode einrichten. Das Gut soll daneben der wissenschaftlichen Forschung im allgemeinen dienen.

○ Millionenschiebung mit Chemikalien. In Hamburg wurde eine Fälscherbande entlarvt, die mit gefälschten Ausfuhrscheinen große Schiebungen in Chemikalien ins Ausland vornahm. Ein Kaufmann namens Krahnke vermittelte den Verkauf der falschen Scheine. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Fälscher, deren Zentrale in Berlin sich befindet, Millionenwerte an Chemikalien ins Ausland verschoben haben. Für die einzelnen Scheine wurden Preise von 10 bis 30 Millionen Mark bezahlt. Ein Apotheker namens Wende wurde verhaftet. Außerdem konnte bei mehreren Firmen eine größere Anzahl von gefälschten Ausfuhrscheinen beschlagnahmt werden.

○ Nachrichten aus russischen Gefangenenlagern. Durch Ausfragen kürzlich aus Rußland und Sibirien heimgekehrter ehemaliger Kriegs- und Zivilgefangener ist es gelungen, neuere Nachrichten aus dortigen Lagern sowie auch über das Schicksal einzelner noch zurückgebliebener Kriegs- gefangener zu erhalten. Es hat sich außerdem eine ganze Reihe Heimgekehrter bereitwillig, Auskunft über ihre Kameraden, soweit sie hierzu inlande sind, den Angehörigen zu erteilen. Die letzte Nummer der „Mitteilungen“ des Volksbundes zum Sühne der deutschen Kriegs- und Zivil- gefangenen, Berlin SW. 68, Lindenstraße 35, enthält die näheren Daten hierüber und ist von oben genannter Stelle gegen Nachnahme (0,50 Mk.) zu erhalten.

○ Gepäckträger als Diebe. Die Überwachungsabteilung der Eisenbahndirektion Berlin hat bei der Gepäckabfertigung Berlin-Friedrichstraße eine Reihe von Schiebungen und Diebstählen aufgedeckt. Im Verlaufe der Erhebungen wurden zehn Gepäckträger verhaftet. Es ist anzunehmen, daß noch weitere Kreise in diese Angelegenheit gezogen werden.

○ Ein „Wissenschaftliches Institut für die Eisen-Lothringen im Reich“ wurde in Kassel gegründet. Es will die gemeinsamen wissenschaftlichen und kulturellen Interessen der aus Eisen-Lothringen Verdrängten unter Ausschluß politischer Bestrebungen pflegen. Generalsekretär ist der frühere Direktor der Sträßburger Universitäts- und Landesbibliothek Professor Dr. Wolfram.

○ Entfernung der deutschen Kriegerdenkmäler aus Lothringen. Der Verein ehemaliger 88er in Kassel hat die von der französischen Besatzungsbehörde ausgehende Auf- forderung erhalten, das von ihm bei Würth für die dort ge- fallenen Angehörigen des 88. Infanterieregiments errichtete Kriegerdenkmal zu entfernen. Die gleiche Aufforderung soll an alle Kriegervereine, die ihren Gefallenen auf den Schlach- tefeldern von 1870/71 Denkmäler errichtet haben, zugehen. Die Vereine beabsichtigen, die Denkmäler in den früheren Garnisonen der betreffenden Truppenteile wieder neu zu er- richten.

○ Funkverkehr mit Königsberg (Pr.). Um den tele- graphischen Verkehr Ostpreußens mit den übrigen Reichs- teilen von dem polnischen Korridor unabhängig zu machen, hat das Reichspostministerium in Königsberg i. Pr. zwei Funkstellen und zwei Funkempfangsstellen eingerichtet. Der Hauptverkehr wickelt sich zurzeit zwischen Königsberg und Stettin sowie zwischen Königsberg und Berlin ab.

○ Pulver-Explosion. In der Mittwochnacht lag bei Jüterbog ein Pulverschuppen mit 600 Zentnern Schwarz- pulver in die Luft, wobei acht Soldaten durch Splitter ver- letzt wurden.

○ Gerüstesturz. Wie aus Zwickau in Sachsen ge- meldet wird, stürzte bei der ergebirgischen Steinkohlenbau- gesellschaft in Schedewitz plötzlich die innere Rüstung eines im Bau befindlichen Kühlturms zusammen und riß die daran beschäftigten Arbeiter in die Tiefe. Zwei Arbeiter waren sofort tot, zwei wurden sehr schwer und vier leichter ver- letzt.

○ Schwere Entschaden durch Hagelschlag. Aber die Gegend von Neu-Gersdorf (Nieder-Lausitz) gingen schwere Entschäden verbunden mit wolkenbruchartigem Regen und Hage- nieder. Die Hagelschlossen erreichten die Größe von Tauben- eiern und zertrümmerten Hunderte von Fensterscheiben. Das Unwetter hat die Ernte fast vollständig vernichtet und auch in den Obstgärten erheblichen Schaden angedrückt.

○ Merkwürdige Rundgebung gegen die Kleider- teuerung. Die Gräfin Roccella gab in Florenz einen Ball auf dem der gesamte florentinische Adel in einem neuen Normalkostüm, das 35 Lire kostet, erschien. Einige dieser Kostüme waren aus gebrauchten Kartonsäckchen hergestellt. Die neue Mode soll eine Rundgebung gegen die Kleider- teuerung sein und auch in Rom eingeführt werden. Ein großer Teil der römischen Aristokratie hat sich durch öffent- liche Erklärung bereits zur Annahme verpflichtet.

○ Der Schutzheilige der Kinos. Der Papst ernannte Johannes den Täufer zum Schutzpatron der Kinotheater. In einem Schreiben an die Kinobesitzer sprach der Kardinal- vikar die Hoffnung aus, daß die Kinos sich fortan christ- licher Käuterung unterziehen würden.

○ Das gelbe Fieber in San Salvador. Die Regierung von San Salvador kündigt an, daß im Nordwesten des Staates, an der Grenze von Guatemala, das gelbe Fieber ausgebrochen sei. Man habe bis jetzt 49 Krankheitsfälle festgestellt, 19 Todesfälle seien gemeldet.

Unsere Früchte im Sprichwort. Wir sagen: „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamme“ und: „Nur ist eine harte Nuß.“ Ähnlich ist: „Der Baum trägt keine Äpfel zu seinem Nutzen.“ Der Däne sagt: „Zu früh reif, bald verfaulen.“ Der Estländer: „Die sauren Äpfel müssen auch gegessen werden.“ Der Letzte: „Der Apfel hat, hat auch Gifte.“ Der Russe: „Liebe deine Frau wie deinen Hiel und schüttele sie wie deinen Obstbaum.“ Der Pole: „Lächler sind hohle Rüffe“ und: „Wenn der Wurm im Kernhaus sitzt, meint er, es gäbe nichts Süßeres auf Erden.“ Albanesisch ist: „Die Jungen essen die Äpfel, und den Alten werden die Backzähne stumpf.“ Orientalischen Ursprungs ist: „Wenn du ein Dattelbaum bist, o Ebler, dann ertrag' es, daß du von jedem Karren mit Steinen beworfen wirst.“ Ebenso: „Wenn es deine Bestimmung ist, eine Nuß zu sein, so wird es wohl auch dein Loß sein, zwischen zwei Steine zu kommen.“ Der Italiener sagt: „Die Natur hat die Frau und die Kirche zu ihrem eigenen Schaden schön gemacht“ und: „Ein Mädchen, das immer im Fensterbalken liegt, ist wie eine Weintraube an der Landstraße.“ Der Perser meint: „Das ist ein fauler Junge, der am Fuße des Dattelbaums sitzt.“ Der Chinese philosophiert: „Eine ge- teilte Apfelsine schmeckt ebenso gut.“ Schließlich wir diese Sammlung von Früchten vom Baume der Erkenntnis mit dem schönen türkischen Wort: „Kinder sind die süßesten Früchte am Baume des Erbenglücks.“

Neudeutsch. Der Schriftsteller Karl Sternheim, eine der „literarischen Größen“ Neudeutschlands (er hält sich wenigstens selbst dafür), hat einen Roman geschrieben, der sich „Deutschland“ nennt, und in dem Sätze vorkommen, die als sprachliche Ungeheuer jeder Mißgeburtensausstellung zur Berde gereichen würden. Man liest da z. B.: „Gab Ge- wärde in nagelneuer Lage sich schon frei. Faust kaufte in Situation und klärte sie, fehlte selbst für Banales fast stets überlebender Laut.“ Later, wer, was „Dichter“ will, herausbelommen kann, kriegt!“

Buchhand für Junggelesenen. Wie amerikanische Blätter melden, hat im Parlament von Louisiana der Abgeordnete Volpiano eine Vorlage eingebracht, derzufolge alle Einwohner männlichen Geschlechtes im Staate, die das 25. Lebensjahr erreicht haben und noch unvermählt sind, an- gewiesen und gezwungen werden sollen, sich innerhalb von dreißig Tagen nach dem Inkrafttreten der Vorlage zu ver- heiraten. Falls sie sich weigern, den Bestimmungen des Gesetzes nachzukommen, können sie zu Geldstrafen von 1000 bis 3000 Dollar oder zu Zuchthaus von 5 bis 10 Jahren verurteilt werden. Wir wollen nicht boshaft sein, aber vielleicht lebt mancher das Buchhaus dem Betraten vor.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Beck.

Anzeigen.

Karten-Ausgabe.

Freitag, den 2. und Samstag, den 3. ds. Mts., Ausgabe der **Brot-, Fleisch- u. Zuckerkarten** im Vereinshaus, Kaiserstr. 28, 1. Tür links, in nachstehender Reihenfolge:

A-D	Freitag vorm.	von 8-10 Uhr
E-H	" "	10-12 "
I-L	" "	2-4 "
M-O	" "	4-6 "
P-S	Samstag vorm.	8-10 "
T-Z	" "	10-12 "

103 **Wirtschaftsamt.**

Die Herren Bürgermeister des Kreises

werden ersucht, die Zuckerverbrauchsnachweisungen mit den Zuckerkartenabschnitten für Monat Juni, soweit sie noch nicht eingekandt worden sind, binnen drei Tagen dem Kreiswirtschaftsamt einzureichen, andernfalls die recht- zeitige Anlieferung des **Julizuckers** unmöglich wird.

Dillenburg, den 1. Juli 1920.

18 **Kreiswirtschaftsamt: Langenbach.**

Bersteigerung.

Am kommenden **Samstag, den 3. Juli** von morgens 9 Uhr ab, versteigere ich im Auftrag des Herrn **Carl Dähler** in Dillenburg (Marbachstraße 28), an Ort und Stelle wegen Umzugs

- 1 gutes Bett, 1 Kleiderschrank, 1 Komode, 1 Aus- ziehtisch, 1 Glasschrank, 1 Waschtisch, 1 Küchentisch, 1 Sofa, 8 Stühle, 1 Nähmaschine, 2 Bilder und sonstige Gegenstände gegen gleich bare Zahlung.

Herborn, den 1. Juli 1920. 2407

Ferdinand Nicodemus.

Beamtenvereinigung Herborn.

Sonntag, den 4. d. Mts., nachmittags 3 Uhr:

Hauptversammlung

im Saale des Hotels „Zum Ritter“.

Tagesordnung:

1. Vortrag über „Bodenreform, Siedlungswesen und Wiederaufbau.“ Ref.: Herr Henrich, Wehlar.
2. Beschlusfassung über den Beitritt zum Heimstättenamt des D. B. B.
3. Geschäftsbericht und Rechnungsablage.
4. Wahl des Vorstandes.
5. Beschlusfassung über den Beitritt zum Kreis- und Provinzialkartell.
6. Anfragen und Anregungen der Mitglieder.

2406 **Der Vorstand.**

Vereinigung ehem. Kriegsgefangener

Ortsgruppe Herborn.

Sonntag, den 4. Juli 1920, nachm. 4 Uhr,

Monatsversammlung

bei Herrn **Karl Wissenbach.**

2404 **Wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.**

Für alle uns anlässlich unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen herzlichsten Dank!

Hermann Kaltwasser und Frau Lina
geb. Bender

Georg Jung und Frau Anna
geb. Bender.

2405

Nach § 41 des Gesetzes über das **Reichsnotopfer** ist der Abgabepflichtige berechtigt, Vorauszahlungen auf die noch nicht veranlagte Abgabe zu leisten. Die Vorauszahlung kann außer durch Barzahlung, für die besondere Vergünstigungen bestehen, auch durch Hingabe von Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schab- anweisungen des Deutschen Reiches erfolgen. Da das Reichsnotopfer vom 1. Januar 1920 an mit 5 v. H. ver- zinst werden muß, empfiehlt sich alsbaldige Vorausent- richtung. Auch vor der Veranlagung wird jeder an Hand des Gesetzes ohne Schwierigkeiten wenigstens die Mindest- grenze seiner Abgabe selbst berechnen können; auch werden die Finanzämter bereit sein, den Abgabepflichtigen bei dieser Berechnung an die Hand zu gehen.

Da die Steuerkurse für die anderen Anleihenwerte noch nicht feststehen, kommen vorerst für die Annahme nur **selbstgezeichnete** oder als selbstgezeichnet geltende Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schab- anweisungen der **Kriegsanleihe** in Frage. Bis zum 31. Dezember 1920 werden die 3 1/2 % igen, selbstgezeichneten Schabanweisungen der 4. u. 5. Kriegsanleihe zum Wert von 96,50 für je 100 Mk. Nennwert, alle übrigen selbst- gezeichneten Stücke der Kriegsanleihe zum Nennwert an- genommen, falls die Stücke noch mit den Zinscheinen mit Zinslauf vom 1. Januar 1920 versehen sind. Bei An- leihstücken mit späterem Zinslauf erfolgen entsprechende Abzüge.

Wer selbstgezeichnete Schuldverschreibungen oder Schabanweisungen der Kriegsanleihe hingeben will, hat zunächst den Nachweis der Selbstzeichnung sich durch eine Bescheinigung der Zeichnungsstelle (Vermittlungsstelle) in Ausnahmefällen eine solche des zuständigen Finanzamtes zu verschaffen und sodann die Stücke unter Beifügung dieser Bescheinigung und einem durch Ausfüllung eines Vordruckes zu stellenden Antrag bei einer Annahmestelle einzureichen.

Als solche **Annahmestellen** kommen für den Bezirk des Landesfinanzamtes Kassel in Betracht: Die **Regierungs- hauptkassen Kassel und Wiesbaden**, die **Oberfinanz- kasse Kassel**, die **Zollkassen** der Hauptzollämter Kassel, Frankfurt a. M., Borsenstraße und Niedenau, Hanau, Marburg a. L., Oberlahnstein, Wiesbaden und der Zoll- ämter Dillenburg, Eschwege, Fulda, Höchst a. M., Lim- burg, Wehlar. Ferner werden als Annahmestellen nach eine Reihe von größeren Sparkassen bestimmt und be- kannt gegeben werden.

Wer zur Entrichtung des Reichsnotopfers **Schuld- buchforderungen** des Deutschen Reiches verwenden will, hat bei der Reichsschuldenverwaltung (Schuldbuchange- legenheit) in Berlin SW. 68, Oranienstraße 92/94, einen Antrag auf Uebertragung seiner Schuldbuchforderung oder eines entsprechenden, auf volle Hundert Mark lautenben Teiles auf das Konto der Reichskasse für Reichsnotopfer auf besonderen Vordruck zu stellen.

Die Vordrucke zu den Anträgen werden den Ab- gabepflichtigen von den genannten Annahmestellen oder auch den Finanzämtern kostenfrei verabfolgt.

Kassel, den 14. Juni 1920.
Der Präsident des Landesfinanzamtes: gez. Saemisch.
Als vorzügliches

Schweinemastfutter

empfehle Bohnenmehl, den Zentner zu 130,- Mk. ohne Saab ab hier.

Oswald Wächter, Mühle Ballersbach.

Fernsprecher 250.

Suche zum baldigen Eintritt ein sauberes, fleißiges

Zimmermädchen

bei 120 bis 150 Mk. Lohn; zu denselben Bedingungen ein [2395]

Haus- und Küchen- mädchen.

Frau Bielefeld, Hotel Alte Post, Limburg (Lahn).

Tüchtiges

Mädchen

für alle Hausarbeit in kl. bess. Haushalt (8 Mon. altes Kind) nach Remscheid ge- sucht. Off. unter H. I. 2402 an die Geschäftsstelle des Bl.

Kräft. Mädchen

für Hausarbeit bei gutem Lohn für sofort gesucht.
Fr. Frith Weinbrenner, Neunkirchen, Kr. Siegen.

Mädchen

f. selbst. Führung d. Haus- haltes n. Remscheid gesucht. Kochen nicht erforderlich. Nähen erwünscht. Angebote unter H. M. 2401 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Stuckateure

ge sucht.
Andreas Endwig, Dortmund, Wielandstraße 37.

Kerr. Kemden 38 Mk.

für Anaben 26 Mk., Söhnen 12 Mk. und Rahn-Porto. Gute Essen- ziele.
M. Großmann, Rüdchen 304, Baaderstr. 1.

But erhaltenes

Klavier

für Mk. 6000.- zu kaufen. Wo sagt die Geschäftsstelle des Bl.